VR-07 (V-103)-218-2 Migrations- und Asylpolitik: Zurück zur Vernunft

Antragsteller*in: Stefan Riese (KV Münster)

Änderungsantrag zu VR-07 (V-103)

Von Zeile 217 bis 218 einfügen:
stehen wir auch aus ganz praktischen Gründen zur Stärkung der Rückkehrberatung und dem Vorrang der freiwilligen Ausreise.

Das Bundesverfassungsgericht hat aus gutem Grund entschieden, dass die pauschale Kürzung der Leistungen um 10% für alleinstehende Asylsuchende in Sammelunterkünften gegen das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums verstößt. Deshalb lehnen wir die Kürzung oder gar Streichung von Sozialleistungen, wie sie derzeit zum Beispiel für Geflüchtete im Dublin-Verfahren vorgeschlagen wurde, ab.

Begründung

Leider ist aktuell eine "Kürzung/Streichung" der Sozialleistungen für Dublin-Geflüchtete von den schwarz-grün regierten Bundesländern im Bundesrat vorgeschlagen worden. Wir sollten als Partei, gegen deren Grundsätze dieser Vorschlag verstößt, dazu nicht schweigen, denn unser Schweigen könnte als Zustimmung gwertet werden.

weitere Antragsteller*innen

Fabian Müller (KV Münster); Kai Bleker (KV Münster); Bettina Deutelmoser (BV Bundesverband); Evelyn Thies (KV Ulm); Ursula Peeters (KV Münster); Johannes Massolle (KV Münster); Corinna Schoneberg (KV Münster); Peter Umlauf (KV Münster); Wilhelm Achelpöhler (KV Münster); Elfriede Brinker-Meyendriesch (KV Münster); Gilla Nolte (KV Münster); Ulrich Kathöfer (KV Münster); Mike Wördemann (KV Jena); Thomas Marczinkowski (KV Münster); Carsten Peters (KV Münster); Ralph Buzug (KV Münster); Sonja Völker (KV Münster); Moritz Meier (KV Münster); Marita Gelincik (KV Münster); sowie 58 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.